UN-Biodiversitätsgipfel: "Aus Wissen muss Wirkung werden"

Die Erwartungen an die Weltbiodiversitätskonferenz COP17 in Jerewan sind hoch. Vom 19. bis 30. Oktober beraten die Vertragsstaaten der UN-Biodiversitätskonvention über die Umsetzung des 2022 beschlossenen Kunming-Montreal-Weltnaturabkommens. Die bisherige Bilanz ist ernüchternd: Keines der 23 globalen Ziele dürfte bis 2030 erreicht werden. Für ISOE-Forscherin Marion Mehring zeigt sich darin ein grundlegendes Problem der internationalen Biodiversitätspolitik: Es mangelt nicht an Wissen und politischen Vereinbarungen. Die entscheidende Herausforderung ist, dass daraus wirksames Handeln entsteht - und die Bedingungen für einen besseren Schutz der biologischen Vielfalt geschaffen werden.

Die internationale Biodiversitätspolitik steht vor einer entscheidenden Prüfung: Bei der COP17 in Armenien wollen die UN-Vertragsstaaten Fortschritte für den weltweiten Schutz der Artenvielfalt bilanzieren. Expert*innen gehen davon aus, dass sie bei der Umsetzung des globalen Biodiversitätsrahmens auf eine Negativbilanz stoßen werden. Zu den Zielen des "Kunming-Montreal-Abkommens" von 2022 gehörten unter anderem der Schutz von 30 Prozent der Land- und Meeresflächen bis 2030, die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und die stärkere Berücksichtigung von Biodiversität in allen Wirtschaftssektoren.

Dass voraussichtlich keines der 23 Ziele bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht werden wird, zeigt für Biodiversitätsforscherin Marion Mehring das grundlegende Problem der Biodiversitätspolitik: "Der Zustand der Artenvielfalt und die Ursachen ihres Verlusts sind wissenschaftlich gut dokumentiert", resümiert die Leiterin des Forschungsfelds Biodiversität und Gesellschaft am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). "Entscheidend ist, dass aus all dem Wissen endlich Wirkung wird. Ziele müssen so ausgerichtet werden, dass sie tatsächlich gesellschaftliche Veränderung einleiten können."

Trendumkehr beim Artensterben braucht einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt

Mehring fordert deshalb einen Perspektivwechsel in der Biodiversitätsdiplomatie: "Wir dürfen nicht länger nur darüber verhandeln, was wir für die Biodiversität erreichen wollen. Wir müssen jetzt darauf schauen, welche Maßnahmen tatsächlich Wirkung entfalten, damit sich der Zustand der Biodiversität, Lebensräume und Ökosysteme nachhaltig verbessert," sagt die Mitautorin des ?Faktencheck Artenvielfalt? und plädiert deshalb für einen grundlegend anderen Naturschutz.

Biodiversität darf für die ISOE-Forscherin nicht nur in Schutzgebieten gedacht und bewahrt werden. Sie muss vielmehr in die Art und Weise integriert werden, wie wir als Gesellschaft in allen Lebensbereichen die Natur nutzen. "Für eine Trendumkehr beim Artensterben ist ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt notwendig. Das schließt eine ambitionierte Biodiversitätspolitik selbstverständlich mit ein", sagt Mehring und betont: "Diese Politik muss international, national wie regional endlich die Bedingungen schaffen, die ein konsequent biodiversitätsfreundliches Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft möglich macht."

Vom Wissen zum Handeln für einen wirksamen Biodiversitätsschutz

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von biodiversitätsfreundlichem Handeln ist bei vielen Menschen durchaus vorhanden, das hat Mehring in ihrer Forschung immer wieder gesehen. Aber es gibt eine Lücke zwischen Wissen und Handlungsbereitschaft. "Jemand kann sehr gut über Artenvielfalt informiert sein, ohne daraus zwangsläufig Konsequenzen für sein eigenes Handeln zu ziehen", sagt Mehring. Die sozial-ökologische Biodiversitätsforschung des ISOE untersucht deshalb, was Menschen, Unternehmen und politische Institutionen tatsächlich zum Handeln befähigt - und welche Hindernisse notwendige Veränderungen erschweren.

Ein Forschungsprojekt mit Akteur*innen aus der Land- und Forstwirtschaft verdeutlicht diesen Zusammenhang: Viele Befragte waren motiviert, mehr für die Biodiversität zu tun. Zugleich berichteten sie von erheblichen Hürden bei der Umsetzung entsprechender Naturschutzmaßnahmen. "Mehr Schutz der Biodiversität scheitert oft nicht an fehlendem Willen, sondern an fehlenden Möglichkeiten", fasst Marion Mehring zusammen.

Biodiversitätsschutz als Querschnittsaufgabe begreifen

Für die internationale Biodiversitätspolitik ist diese Erkenntnis von zentraler Bedeutung. "Ein wirksamer Biodiversitätsschutz entsteht nicht nur durch Gesetze, Auflagen und Forderungen, sie müssen immer auch von geeigneten Rahmenbedingungen begleitet sein, die biodiversitätsfreundliches Verhalten fördern und attraktiv machen." Dies gelte nicht nur für naturschutzpolitische Maßnahmen und vor allem nicht nur für einzelne Akteure.

"Biodiversitätspolitik wurde lange als Umweltthema verstanden. Aber wir haben es beim Erhalt der Artenvielfalt mit einer Querschnittsaufgabe zu tun, die alle Lebens-, Politik- und Wirtschaftsbereiche betrifft", sagt Mehring. Deshalb müsse biologische Vielfalt grundsätzlich überall dort berücksichtigt werden, wo über Landnutzung, Investitionen, Infrastruktur, Landwirtschaft oder wirtschaftliche Entwicklung entschieden wird, fordert Mehring. "Viele Entscheidungen in unseren Wirtschafts- und Lebensweisen könnten positive Effekte für die Biodiversität haben, wenn wir die Konsequenzen für Natur, Klima, Menschen und Tiere von Anfang an mitdenken." Die COP17 steht damit auch vor der Aufgabe, politische Ziele so weiterzuentwickeln, dass sie Veränderungen über einzelne Naturschutzmaßnahmen hinaus ermöglichen.

Über das ISOE

Das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) gehört zu den führenden unabhängigen Instituten der Nachhaltigkeitsforschung. Es entwickelt wissenschaftliche Grundlagen und zukunftsweisende Konzepte für sozial-ökologische Transformationen. Hierfür forscht das ISOE transdisziplinär zu globalen Problemen wie Wasserknappheit, Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Landdegradation und findet tragfähige Lösungen, die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen berücksichtigen.